

VW-Flughafen?

VW ist zwar Hauptnutzer des Flughafens - aber immer mehr bezahlen sollen Braunschweig und Wolfsburg.

Nur noch zu 60 % decken die Einnahmen aus dem Flughafen die Ausgaben des Flug-Betriebes - Zuschussbedarf aus Haushaltsmitteln steigend. So konnte das nicht weitergehen. Die BIBS-Fraktion reichte zum Haushalt 2016 einen Antrag ein und der Rat hat ihn beschlossen:

„Die Verwaltung erarbeitet in Abstimmung mit der Flughafengesellschaft die Vorlage eines Maßnahmenkonzeptes, wie der Flughafen BS-WOB eine mittelfristige Defizitreduzierung auf 0 erreichen und dann ab 2024 ohne Beihilfen auskommen kann.“

Die Gutachterfirma amd.sigma und BPG wurde beauftragt. Bereits im Jahre 2017 lag das Gutachten vor. Tenor des Gutachtens: Der Flughafen sollte nicht länger überdimensioniert den Anspruch als internationaler Verkehrsflughafen beanspruchen, sondern auf die faktischen Verhältnisse heruntergestuft werden und somit dem Hauptnutzer Volkswagen als

... weiter auf Seite 7

Politik verpennt die Zukunft

Die BIBS-Fraktion war erfolgreich mit einem Impuls in die Gremien, für neue Antriebstechniken den Regionalverband, die Allianz für die Region und Metropolregion sowie die kommunalen Wirtschaftsförderungstellen von Salzgitter und Braunschweig-Zukunft-GmbH einzubeziehen.

Der Impuls fiel auf fruchtbaren Boden

Die Regional-Verbandsversammlung vom 25.2.2019 hat beschlossen:

„Wasserstoff-Tankstellennetz engmaschig ausbauen – effiziente Brennstoffzellenfahrzeuge auf den Straßen ermöglichen“

- und bereits noch in diesem Jahr soll am Eintracht-Stadion die erste Wasserstoff-Zapfsäule installiert werden. **Geht doch.**

Denn viel wurde zwar über „interkommunale“ Projekte im letzten Jahr geredet, aber die naheliegenden Juwelen nicht erkannt. Ein Beispiel dafür ist die inzwischen marktreife Antriebstechnik mit Brennstoffzelle auf Wasserstoffbasis.



Der Wasserstoff-Zug aus der Region elektrisiert die Medien und Delegationen aus etlichen Ländern. Foto: Alstom

Weltweit stößt diese Technik bei Zügen von Alstom auf viel Interesse. Zwei Züge fahren bereits vielbeachtet im Norden, weitere 40 Züge für den Norden und für die Taunus-Region sind bestellt und in Produktion. Delegationen aus Italien, Israel, Kanada, Japan, Indonesien und Norwegen geben sich die Klinke in die Hand. Thüringen gab jüngst bekannt, aus dem Brennstoffzellen-Antrieb und

den oftmals überschüssigen Strom-Mengen aus Windparks ein Pilotprojekt für die kostengünstige Wasserstoff-Produktion zu schmieden.

Braunschweig drohte eigene Pionierarbeit zu verschlafen

Ist doch die Brennstoffzelle eng mit dem Namen Braunschweig verbunden. So wies bereits Anfang der 1970er Jahre der Lehrstuhl für

... weiter auf Seite 2

Inhaltsverzeichnis

Unsaubere Politik mit BS Energy	Seite 2
„Anormale“ Zustände in Thune	Seite 2
Baulandspekulation	Seite 3
Burgpassage	Seite 3
Jasperallee und Demokratie Gehölzschutz jetzt!	Seite 4/5
Fleischverarbeitung mitten in Wohnanlage	Seite 6
Desolate Ersatzpflanzungen in Waggum	Seite 7
Qua vadis Rechtsstaat?	Seite 8

Plastik-Verzicht bei Wahlplakaten!

Das forderte die BIBS im Rat am 2.4.2019. Die anderen Fraktionen mochten dem nicht folgen. Schließlich hätten sie ihre Plakate schon bestellt und viele auch schon aufgehängt, so der Einwand aus der SPD. Warum der BIBS das so spät einfiel, empörte sich die CDU. Beim Kampf um die Wählerstimmen vergessen die Parteien eigene Klima-Versprechen.

Weckruf für's Klima ...



... weil Ihr uns die Zukunft klaut! Die Jugendproteste haben eine Wende in der Klimaschutzdebatte eingeläutet. „Politiker und Leute an der Macht sind schon zu lange damit durchgekommen, nichts zu tun, um die Klimakrise zu bekämpfen“, sagte Greta Thunberg am 1.3.2019 in Hamburg. „Wir werden sicherstellen, dass sie damit nicht länger durchkommen.“ Sie kündigte an: „Wir werden so lange weiter streiken, bis sie etwas tun.“

Der weltweite Jugendprotest ist inzwischen in der Erwachsenenwelt

angekommen. Erlangen reagiert als erste Stadt auf eine Initiative ihrer Fridays-For-Future-Jugend: Auf einer Bürgerversammlung wurde bei nur 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen der Klimanotstand beschlossen. Die Jugendlichen berufen sich darin auf Artikel 20a des Grundgesetzes, der besagt, dass der Staat in Verantwortung für künftige Generationen und für die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere die Verantwortung zum Handeln trägt. Es war eine Bürgerversammlung, noch nicht der Stadtrat - aber Erlan-

gens Oberbürgermeister Florian Janik (SPD) reagierte gegenüber dem Bayerischen Rundfunk auf die Jugend-Initiative seiner Stadt: „Wenn sie unter der Woche, um so eine Uhrzeit, in so großer Zahl auf eine Bürgerversammlung gehen, dann ist das ein deutliches Zeichen dafür, dass sie es ernst meinen.“

Die Jugendlichen werden den Klimawandel besonders spüren bestätigt die Wissenschaftlerin Claudia Kemfert ...

Denn bei den „Fridays for Future“ geht es um politische Teilhabe. Beim Thema Klimaschutz sind die 8-Jährigen deutlich mehr betroffen als die 80-Jährigen – nicht (nur) als Verursacher, sondern (auch) als Leidtragende. Sie sind die Generation, die die schlimmen Folgen eines irreversiblen Klimawandels zu spüren bekommen wird. Diese Lektion haben die Schülerinnen und Schüler weltweit schon verstanden, bevor die große Mehrheit der Erwachsenen überhaupt das Schulbuch aufgeschlagen hat. Immer noch verweigern die Verantwortlichen rund um den Globus, was längst ihre Pflicht wäre, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen, um –

...weiter auf Seite 8

Heizen mit Strom?

Was soll das denn jetzt? Keine Rede mehr von einer Fernwärmeleitung aus den Stahlwerken Salzgitter.

War es nur eine Ablenkung von den eigentlichen Plänen?

Die finden sich in den Antrags-Unterlagen von BS-Energy ans Gewerbeaufsichtsamt (GAA):

„Power-to-Heat“ (Strom zum Heizen) umschreibt den geplanten ökologischen Wahnsinn:

„In Zeiten mit Stromüberschüssen im Netz der allgemeinen Versorgung, kann mit dieser „Power-to-Heat-Anlage [...] Fernwärme erzeugt werden“.

„Insbesondere bei negativen Strompreisen“ am Strom-Markt und bei „Ausfall eines Haupterzeugers“ fände diese Rückverwandlung von Strom zu Wärme statt. (Antrag BS-Energy ans GAA vom 27.6.2018)

Diese genannten Bedingungen treffen nun leider bei BS-Energy dauerhaft zu, seit man sich mit spekulativen Strom-Zukäufen verkalkuliert hatte. Als hochkomplizierte, clevere Geschäfte über ein „virtuelles Kraftwerk“ mit

E.ON noch unter dem Ex-Oberbürgermeister Hoffmann gelobt, bedeuten die massiven Stromkäufe seit 2012 für BS-Energy eine finanzielle Belastung - man zahlt drauf für den eingekauften Atom- und Kohlestrom, den man wieder los werden muss, aber nur zu rd. einem Achtel der zur Verfügung stehenden Strommengen in Braunschweig absetzen kann. Längst möchte BS-Energy den Stromliefervertrag ungeschehen machen, aber der Vertragspartner E.ON besteht auf Einhaltung der noch bis 2025 laufenden Verträge.

So müssen andere Lösungen her. **Die Umwandlung überschüssigen Stroms in Fernwärme hält bei BS-Energy die finanziellen Verluste in Grenzen.**

Der von E.ON (bzw. Uniper) gelieferte Strom stammt vor allem aus Kohle- und Atomkraftwerken; so sorgt Braunschweig für deren lukrativen, aber Umweltschädlichen Weiterbetrieb.

red

Jasperallee: Auf falsche Fährte gelockt und abgeholzt

Der Leiter des Grünflächenamtes Michael Loose räumt ein:

... „dieses Bauschutt-Thema ist jetzt etwas überstrapaziert. Also, der Boden dort besteht nicht aus Bauschutt in der Jasperallee.“ (Sprachprotokoll des Ausschusses 12.3.2019) Viele sind fassungslos und traurig nach dem Rattern der Kettensägen. Zwischenzeitlich mahnten uns Plakate an Bäumen: „Sind wir es nicht wert, gerettet zu werden?“ Die Bürgerinitiative Baumschutz fordert: **„Baumschutz jetzt!“** ... Mehr auf Seiten 4/5

Unter einem gewaltigen Polizeiaufge-

bot wurden die ersten 23 Ahorne gefällt – eine kostspielige und überflüssige Machtdemonstration! So wurden weitere Steuergelder in der Jasperallee verschwendet. Die BI Baumschutz hatte zu friedlichem Protest aufgerufen und dabei blieb es auch. Anekdote: Die Stadtverwaltung schrieb von 24 Silberhornen, obwohl es dort nur 17 gab bzw. nur 23 Bäume insgesamt. Das ist nicht gerade vertrauensfördernd ... Etliche Medien haben diese falschen Zahlen ohne Überprüfung übernommen.

Bäume NICHT krank

Von der Stadtverwaltung und aus

ihrem externen Gutachten wissen wir, dass kein einziger der (ehemals) 87 Bäume krank war bzw. ist. Ständige Wiederholungen in der BZ und Spiegelungen in anderen Medien haben dazu geführt, dass viele Leute das trotzdem glauben.

Die BI Baumschutz hat die Baumstümpfe von Fachleuten begutachten lassen. Es zeigte sich, dass tatsächlich nur fünf Bäume Einschränkungen hatten. Das Gutachten lag in 11 von 23 Fällen falsch, eine Fehlerquote von 48%.

Fazit: Doppelt soviel Bäume waren vital!

... weiter auf Seite 4



Jasperallee: Im Pflanzgraben doch **kein** Bauschutt!

Unsaubere Politik ... anstatt sauberer Energie

Im September 2016 erbat OB Markurth für das saubere Gasturbinen-Kraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) von BS|Energy umfangreiche, weitere finanzielle Fördersummen aus Berlin. Er lobte „diese innovative Technik“ (Markurth-Brief vom 23.9.2016 an den damaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel).

Der Strombereich von BS|Energy war massiv in die Miesen gerutscht und bereitete der Geschäftsführung Kopfzerbrechen und „schlaflose Nächte“ (Vorstand Krauel im Finanzausschuss 2016). Kurz zuvor hatte Krauel nach Ablehnung aus Berlin angedroht, „die klimafreundlichen KWK-Anlagen abzustellen und die Wärme stattdessen über alte Heizkessel zu produzieren, ... das sei zwar „klimapolitischer Unsinn, aber im wirtschaftlichen Interesse unseres Unternehmens.“

Erpressungsmanöver

Man habe bereits Ende 2015 den Wirtschaftsminister Gabriel aufgefordert,

eine gesetzliche Grundlage auf den Weg zu bringen, die eine Verdoppelung der Förderung von rd. 30 Mio. € auf rd. 68 Mio. € bedeutet hätte (bei Gesamtkosten der Anlage von rd. 80 Mio. €). Die „hochmoderne klimaschonende Anlage“ könne seit einigen Jahren nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden und sei nur noch ca. 50 Prozent der geplanten Betriebsstunden am Netz ... und immer häufiger müsse diese Anlage vom Netz genommen werden. Stattdessen würde der klimaschädliche Kohlekessel intensiv genutzt. „Die geplanten CO₂-Einsparungen von 80.000 Tonnen können auf diese Weise bei Weitem nicht erreicht werden.“ (Brief des Vorstands Herrn Krauel an die CDU-Ratsfraktion vom 25.7.2016)

Steuer-Millionen nach Spekulationsverlusten

Oberbürgermeister Markurth trat im Mai 2014 auch den Aufsichtsrats-Vorsitz bei BS|Energy von seinem Vorgänger Hoffmann an. Die Schiefelage aus spekulativen Strom-Geschäften hat

er also geerbt; dafür konnte er nichts. Auch nichts dafür, dass sich nach der Havarie des Atomkraftwerkes von Fukushima 2011 die Akzeptanz für Atom- und Kohlestrom schlagartig verschlechtert hatte. Die Strom-Sparte bei BS|Energy rutschte mit bis zu 40 Mio.€ jährlich in die Miesen. Anstatt aber nun die Veolia-Geschäftsführung und den Aufsichtsrat für die Spekulationsgeschäfte zur Verantwortung zu ziehen, ließ sich OB Markurth vor den Karren spannen und verantwortete Bettelbriefe an seinen Partei-Kollegen Sigmar Gabriel, ... obendrein auch noch gespickt mit **unverhohlenen Droh-Gebärden** der Veolia-Geschäftsführung in Richtung der Bundesregierung, bei Versagung weiterer Steuermillionen das Klima mit mehr CO₂ schädigen zu wollen, indem das saubere Gasturbinen-Kraftwerk heruntergefahren und das „schmutzige“ Kohlekraftwerk heraufgefahren würde. Die BIBS-Fraktion hat am 7.3.2019 an OB Markurth die Frage gerichtet, wie „erfolgreich“ seine damaligen Briefe



nach Berlin vom 14.12.2015 sowie vom 20.4. und vom 23.9.2016 gewesen seien. Die Antwort darauf in der März-Sitzung des Finanzausschusses: „Mit dem gemeinsamen Schreiben wurde in 2016 die Bundespolitik seitens des Oberbürgermeisters und BS|ENERGY einmal mehr für das Thema der gesetzlichen Förderhöhe von bestehenden KWK-Anlagen, die sich noch in der regulären Förderung befinden, sensibilisiert. Zwischenzeitlich wurde eine Novellierung des KWKG beschlossen, die eine klimaschonende Neuausrichtung der lokalen Wärme- und Stromerzeugung von BS|Energy mit einer „Biomasseanlage und einer Gasturbine

täglich große Maschinen über dem Firmengelände. Die BISS hat den wiederholten Tiefflug einer Boeing-737 im Februar 2019 dokumentiert. An die latente Terrorgefährdung, die von den Anwälten Eckert & Ziegler ins Spiel gebracht wurde, mag man an dieser Stelle überhaupt nicht denken. Einmal mehr wird deutlich: Der Stand-

ort ist nicht tragbar! Es gab bereits Störfälle und inzwischen ist klar: Die Störfallanalyse ist alles andere als abdeckend. Offenbar will niemand Konsequenzen ziehen, dabei gibt es nur eine einzige, um die Braunschweiger Bevölkerung zu schützen: Die Firmen müssen umgesiedelt werden.

BISS e.V. www.biss-braunschweig.de

Frist setzen!

Nuklearfirmen in Thune blieben Nachweise schuldig - BISS fordert: Frist setzen - ansonsten schließen! Eine Akteneinsicht zur Gefährdungslage noch kurz vor Weihnachten 2018 durch Mitglieder der BI offenbarte behördliche Nachlässigkeit im Umgang mit den Nuklearfirmen in Thune. Nach dem Störfall mit ausgeschüttetem Jod 137 im November 2017 bei GE Healthcare hatten die Firmen die Akteneinsicht ihrer Gefährdungsgutachten über ein Jahr lang mit immer neuen Vorbehalten hinausgezögert und hatten Betriebsgeheimnisse geltend gemacht. **Die Akteneinsicht zeigte nun, warum ...**

Beim Präparateabsturz können laut Störfallanalyse maximal 18,5 GBq radioaktives Jod-131 betroffen sein. Beim tatsächlich erfolgten Störfall vom November 2017 wurden jedoch 314 GBq radioaktives Jod-131 verschüttet. Das lässt nur einen Schluss zu: Die Störfallanalyse ist von der Realität meilenweit entfernt. Statt nun aber die Störfallanalysen auf den Prüfstand zu stellen und anschließend Konsequenzen zu ziehen, bedient Umweltminister Lies sich einer verbalen Umketikettierung: Beim Unfall im November 2017 habe es sich um einen „anormalen Betriebszustand“ gehan-

daraus ergaben sich 18 Beanstandungen. Astrid Buchholz, Ratsfrau der BIBS, erklärt dazu: „Solange die Nuklearfirmen in Thune ihre Nuklearpotentiale nicht schlüssig nachweisen können, entfallen die Grundlagen ihrer Betriebsgenehmigungen.“ „Völlig unverständlich sei, dass die Behörden so lange zugschaut hätten“, so Frau Buchholz abschließend. So wurden den Firmen seitens des Umweltministeriums nicht einmal Fristen gesetzt, bis wann die offenen Nachweise zu liefern sind. Gemäß § 20 Atomgesetz seien Sachverständige zu weiteren Prüfungen hinzu gezogen worden. **Die BISS fordert Umweltminister Lies auf, diese Versäumnisse nicht länger zu dulden und den Firmen eine kurze Frist zu setzen. Ansonsten seien die Voraussetzungen für den Betrieb beider Firmen in Thune verwirkt - die Betriebe seien zu schließen!**

1. Thuner Dorf-Flohmarkt

Am 29.06.2019 in Braunschweig-Thune von 10 bis 16 Uhr

Alle Flohmarktbegeisterte bitte Termin vormerken.

Am Dorfgemeinschaftshaus wird es ein Café zum Verweilen geben. Ein Ausstellerverzeichnis wird ab Anfang Juni auf www.biss-braunschweig.de veröffentlicht.

Erster Erfolg bei alternativen Antrieben

Technische Physik der Technischen Universität unter Leitung von Prof. Justl auf das Zukunftspotential dieser Antriebstechnik hin. Insbesondere im Hinblick auf eine interkommunale Zusammenarbeit der Region Braunschweig erscheint so eine wegweisende Technik, gepaart mit Aspekten von Klimaschutz und Nutzung oftmals überschüssiger Energie aus Windparks in der Region, als ein Weckruf. Höchste Zeit also zum Umsteuern, da die Region Braunschweig gerade in Salzgitter rund um die Industrie-

El Dorado für Baulandspekulationen

Braunschweig nicht länger El Dorado für Baulandspekulationen?

Denn es geht auch anders: Göttingen macht es uns vor. Braunschweig ist nach einem Bericht der Fernsehendung „Markt“ im NDR vom 28.01.2019 die Stadt mit den am stärksten steigenden Immobilienpreisen in Niedersachsen. Eine Ursache sind die stark steigenden Preise für Baugrundstücke. Das kann gedämpft werden, wenn die Stadt nur Flächen zu Bauland ausweist, die sie selbst besitzt. Einen entsprechenden Rats-Antrag hat die BIBS gestellt. **Braunschweig hat die höchsten Immobilienpreise in Niedersachsen** Meistens sind Rat und Verwaltung stolz, wenn Braunschweig in Städterankings ganz oben steht. In diesem Fall gibt es allerdings keinen Grund zur Freude.

Infos aus der Schuntersiedlung



Nach kurzer (krankheitsbedingter) Pause geht es wieder weiter mit dem offenen BIBS Bürgerstammtisch in der Schunteraue. **Es gibt viele Themen, die für unseren Stadtteil interessant sind:** Die Grundschule, Natur und Umwelt, Neubauten in der Schuntersiedlung, Erhalt von preiswertem Wohnraum, Barrierefreiheit im Bezirk, Bücherschrank auf dem Tostmannplatz und vieles



Immobilien in Braunschweig sind die teuersten in ganz Niedersachsen. In Braunschweig war der Preisanstieg in den letzten fünf Jahren am größten, wie in der NDR Fernsehendung „Markt“ am 28.01.2019 festgestellt wurde. **Artenvielfalt statt Planquadrat** Ich wurde in der Sendung gefragt,

was das zum Beispiel für das Netzwerk „Gemeinsam Wohnen“, das ich mitgegründet habe, bedeutet, und ob ich das am Beispiel des Wohngebietes „Langer Kamp“ erläutern könnte. Hier hatte die Stadtverwaltung dem Netzwerk ursprünglich die drei Altgebäude des Krankenhauses „angeboten“. Drei

Infos aus der Schuntersiedlung

punkte etc. Vielleicht ist hier Nachholbedarf? So oder so, es gibt viele Themen, die den Stadtteil betreffen und die beim BIBS Stammtisch angesprochen werden können (sowie auch die „kleinen“ Alltagsorgen, wie z. B. fehlende Fahrbahnmarkierungen etc.). Der nächste Stammtisch findet am 30.4.2019 ab 18 Uhr im Heinrich-Jasper-Haus statt, kommt vorbei mit Ideen / Wünschen / Anregungen oder zum Austausch. Die Termine sind auch nachzulesen auf der Homepage der BIBS unter <http://buergereiniciativen-braunschweig.de/index.php/de/termine>.

s. Ratsvorlage 14898/12 vom 16. Januar 2012 und 15-00220 vom 1. Juli 2015. Der interne Aufwand wird durch vorhandenes Personal, vorwiegend der FB 20 und 65, geleistet.“ (Mitteilung 19-09940-01 der Verwaltung im Finanzausschuss am 31.1.2019) **Rückgliederung dauert noch ...** Die Rückgliederung von Amt 65 (Hochbauamt) in die Verwaltung sollte bis 2019 abgeschlossen sein. Nun plant man bis Ende 2021. Dabei ist es mit den aufgelisteten Kosten für externe Beratungsleistungen längst nicht getan. Die seit 2005 nötige externe Verwaltung als sogenannte „Sonderrechnung Hochbauamt“ verursachte zusätzliche Kosten von rd. 200 Tsd. € pro Jahr. Damit beliefen sich die zusätzlichen Kosten für diesen Privatisierungs-Irrsinn insgesamt auf mehr als 3 Millionen Euro, inkl. obiger externer Beraterkosten von 465 Tsd. €, nicht gerechnet der interne Aufwand durch das eigene Verwaltungspersonal. **Fazit der versuchten Privatisierung:** Außer Spesen nix gewesen. ros

Privatisierung des Hochbauamtes gestoppt

Ursprünglich beschloss der Rat der Stadt im Jahr 2004, die Bauverwaltung der Stadt Braunschweig zu privatisieren. Nach der Abkehr von diesen Plänen kam es 2015 zur Beauftragung einer externen Organisationsuntersuchung, deren Ergebnisse 2017 vorgestellt wurden. Vor diesem Hintergrund wollte die BIBS-Fraktion wissen: 1. Wie ist der aktuelle Sachstand zur Reorganisation des Fachbereiches 65? 2. Wie hoch sind die Kosten dieser erst angekauften Umstrukturierung mit Sonderrechnung zwecks Ausgliederung sowie nun seit 2014 und immer noch in Arbeit befindlichen Rück-Organisation in die städtische Systematik - jeweils nach Jahren seit 2003? werden. **Die Verwaltung antwortete** „In 2000 wurde die WIBERA Wirtschaftsberatung AG mit der Entwicklung eines Organisationsvorschlages für die Grundstücks- und Gebäudewirtschaft beauftragt. Die Umsetzung der Neuorganisation der Grundstücks- und Gebäudewirtschaft wurde über mehrere Jahre von externen Beratern begleitet: a) Fa. Mummert Consulting AG b) Fa. Promos Consult und c) Fa. Kosynus GmbH Zum 1. Jan. 2005 erfolgte die Gründung der Sonderrechnung Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft. Insgesamt sind für die Gründung Beraterkosten in Höhe von rd. 465 Tsd. € angefallen. Die Reintegration der Sonderrechnung in den städtischen Haushalt wird von der ITEBS begleitet. Die externen Aufwände mit einem Umfang von insgesamt ca. 172 Beratertagen werden gedeckt durch die im Rahmen des Verkaufs der KOSYNUS GmbH vereinbarten Kontingente zur Durchführung dieses Projektes und zur Bereitstellung von Beratertagen,

Krankhaftes Gesundheitssystem

Die Gesundheitsreformen der letzten Jahrzehnte bringen Kassenpatienten in immer größere Schwierigkeiten und Kostenfallen.

So werden Patienten vom Krankenhaus-besuch abgehalten und Krankenfahr-dienst sowie -pflege werden auf das soziale Umfeld der Patienten abgewälzt. Auch in Braunschweig müssen verletzte oder erkrankte Kassenpatienten lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Auf OP-Termine warten viele wochenlang. 10 Stunden Wartezeit sind in der Notaufnahme keine Seltenheit. So werden Patienten zum Teil wie wirtschaft-

liche Gegenstände behandelt, denn Ärzte werden angehalten, sie wie am Fließband abzufertigen. Die Kranken werden zu reinen Kostenfaktoren herabgewürdigt, deren Behandlung mit wenig Aufwand möglichst viel Gewinn erwirtschaften soll. Die angestrebte Vermeidung stationärer Aufenthalte führt zu unhaltbaren Zuständen, bis hin zur Lebensgefahr. Wenn etwa alleinstehende Patienten unbeobachtet mit eingegipstem Bein stürzen, kann das ihr Ende bedeuten. Ziel der „Behandlungsfabriken“ ist in erster Linie die Sicherstellung hoher Wirtschaftlichkeit, nicht die gute Heilung. **Hat der Exportweltmeister etwa**

keine Mittel, für erkrankte Arbeiter zu sorgen, welche den Wohlstand des Landes erarbeitet haben? Oder zählen nur gesunde Arbeiter, solange sie mit ihrer Arbeit noch zu einer guten Wirtschaftslage beitragen können? Wenn Sie ähnlich schlechte Erfahrungen gemacht haben oder auch sonst interessiert sind, können Sie sich an eine neue Initiative wenden, um die Entscheidungsträger und Verantwortlichen für den Gesundheits- und Pflege-notstand mit den Auswirkungen Ihrer Entscheidungen zu konfrontieren. Zu erreichen unter Thoribocki@web.de oder am Info-Stand der BIBS, samstags ab 11 Uhr auf dem Kohlmarkt. Ein erster Dialog mit den Regierungsparteien wurde schon eingeleitet.

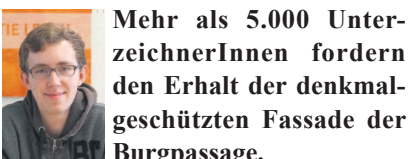
Thorsten Bock

Wohngruppen wollten sie erwerben. Aber dann wurde das ganze Grundstück zu einem hohen Preis an einen Investor verkauft. Das Geld soll für die Zusammenlegung der städtischen Krankenhäuser an der Salzdahlumer Straße verwendet werden. Die Folge war, dass der Investor zwei der intakten Altgebäude abreißen ließ und die Flächen dicht bebaute, sodass hier in Braunschweig die zurzeit höchsten Immobilienpreise entstanden sind. Von bezahlbarem Wohnraum keine Spur. Vergeblich hat sich eine Netzwerkgruppe um das letzte Bestandsgebäude beworben. Es wurde an einen anderen Interessenten verkauft, der mehr geboten hat. Auch an anderen Stellen in der Stadt profitieren Investoren von der Entwicklung neuer Baugebiete und treiben die Preise in die Höhe. So haben teilweise

von der Stadt verkaufte Grundstücke nach der Bebauung um das Fünffache an Wert zugenommen. Der Gewinn kommt allein dem Investor zugute. Anders macht es die Stadt Göttingen. Hier tritt die Stadt selbst aktiv bei Grundstücksankäufen auf, indem sie das ihr vom Gesetz eingeräumte Vorkaufsrecht ausübt. Damit kauft Göttingen das Bauland günstiger auf, um die Immobilienpreise für die Häuslebauer zu deckeln. Die Baugebiete werden mit dieser „Kaufpreismbremse“ bezahlbar von der Stadt realisiert. Die BIBS-Fraktion erstellt derzeit einen Ratsantrag, um eine derartige „Kaufpreismbremse“ auch in Braunschweig einzuführen. Dadurch kann der Preis für Wohnraum dauerhaft möglichst niedrig gehalten werden.

Wolfgang Wiechers

Burgpassage Petition



Burgpassage erhitzt auch weiterhin die Gemüter: Nachdem ich, Alexander Wolter, Praktikant der BIBS-Fraktion, zusammen mit Gleichgesinnten eine Petition zum Erhalt der denkmalgeschützten Teile der Burgpassage gestartet hatte, ist einiges passiert. Mehr als 5.000 Menschen haben unterzeichnet! Die Reaktion auf diverse Medienberichte bei Radio ffm, dem NDR und in den Zeitungen ließ nicht lange auf sich warten: Arbeitsausschuss Innenstadt (AAI), Handelskammer (HK), Handelsverband (HVB) und DEHOGA – alle erklärten die angebliche Wichtigkeit und Alternativlosigkeit des Abrisses. Am 23.01. präsentierte die Stadtverwaltung dann ein schleunigst in Auftrag gegebenes Gutachten einer Hamburger Wirtschaftsberatungsgesellschaft. Im Planungsausschuss am 30.01. wurde klar, warum: Die BIBS-Fraktion hatte für den Ausschuss den Sachstand erfragt und die Verwaltung musste mitteilen, dass

Greenteam „ELM-Kids“

„Klimahelden für Erde, Luft und Mehr!“

Kinder aus dem Bereich Braunschweig/Wolfenbüttel tun etwas gegen den Klimawandel. Ein „Greenteam“ namens „Elm-Kids“ wurde gegründet. Mit verschiedenen Ideen, z. B. Briefumschläge aus alten Kalendern oder mit Bienenwachs beschichtete Stoffe als Alternative zu Alu- und Frischhaltefolien, werden Spenden gesammelt. Das Geld wird beispielsweise für Pflanzaktionen verwendet.

Wir tun etwas gegen den Klimawandel! Wir sind aktiv für die Umwelt, besonders für den Schutz von Tieren! Das könnt ihr auch: Unsere Ideen dürft ihr gerne nachmachen. Außerdem bekommt ihr von uns Tipps, was ihr im Alltag verändern könnt, um die Umwelt zu schützen.

<https://elm-kids.jimdofree.com/>



Einladung zu den ASSE-Konzerten 2019

Die Asse-Konzerte verstehen sich als musikalische Demonstrationen gegen Atomenergie. Die auf Spendenbasis zustande kommenden Einnahmen sind für atomkritische Projekte bestimmt. Konzert-Saison: April/Mai bis Oktober; i.d.R. jeden zweiten Sonntag im Monat um 17.00 Uhr **10 Jahre Asse-Konzerte** Das Eröffnungskonzert von Deutschlands einziger Anti-Atom-Konzertreihe naht: **So., 5.5.19, 17 Uhr Wittmar**, Ev. Kirche St. Barbara Anneget Siedel, Barockvioline (Hamburg) Fantasien & Variationen Werke für Solo-Violine von Bach, Westhoff und Baltzer.

So., 16.6.19, 17 Uhr Kissenbrück, St. Stephanus-Kirche Celler Jazzchor Leitung: Christin Strittmatter Gerlinde Poldrack, Saxophon (Halle) Pop, Rock und gefühlvolle Balladen, Hits von Cole Porter, Phil Collins und anderen. Der Eintritt zu den Asse-Konzerten ist frei, Spenden am Ausgang für **auffASSEN e.V.** sind willkommen. Weitere Infos: www.asse-konzerte.de **Das letzte ASSE-Konzert 2019 sollte in der Dornse für die BISS stattfinden, wurde allerdings von Markurth persönlich abgelehnt. Angeblich, weil politische Demonstrationen in der Dornse nicht gewünscht werden, sondern eher repräsentative Veranstaltungen.**

Jasperallee: falsche Fährten

Bäume leben und wachsen am äußeren Rand im sog. **Kambium**. Das produziert nach außen **Rinde** und nach innen **Holz**. In der Mitte werden Bäume früher oder später von Pilzen ausgehöhlt. Bei gesunden Bäumen, auch hohlen, sind Pilze und Baum im Gleichgewicht. Das Kambium ist unbeschädigt und die Standsicherheit ist nicht beeinträchtigt (Anschauungsbeispiel: die 950-jährige Kaiserlinde in Königsutter, ein riesiger Prachtbaum, in dessen Ästen man sogar klettern könnte). Die BZ hat leider entgegen dieser Fakten aus wenigen, unkritischen Hohlstellen der Ahorne erneut ihr falsches Bild von kranken Bäumen heraufbeschworen (s. o.)

Kein Bauschutt

Wie die Probegrabungen am 24.10.18 hat auch das Ausbaggern des gesamten Bodens bewiesen, dass es keine Bauschuttschicht gibt. Am 12.03.19 hat die Stadtverwaltung im Grünflächen-Ausschuss (GFA) selbst bestätigt, das es keinen Bauschutt gab. Warum hat sie dann in der gemeinsamen Sitzung von GFA und PLU am 24.10.19 von Bauschutt gesprochen und in ihrer öffentlichen Mitteilung für den GFA am 01.11.18 von einer 20 cm dicken Bauschuttschicht geschrieben? Damit wurden die Ratsmitglieder in den entscheidenden Momenten mit falschen Informationen unlauter beeinflusst!

Bäume unter Denkmalschutz

Alte Fotos belegen, dass die Jasperallee seit über 70 Jahren so aussieht wie heute, mit alten und jungen, großen und kleinen Bäumen nebeneinander. Genau dieser Zustand wurde 1989 als Gesamtensemble unter Denkmalschutz gestellt. Unser Plan war, uns von der oberen Denkmalschutzbehörde (im MWK) mittels einer Anfrage bestätigen zu lassen, dass das Fällen aller Bäume und Pflanzen einheitlicher anderer Bäume einen unzulässigen Eingriff in das geschützte Gesamtensemble darstellt. Dafür hat die BIBS für uns einen Ratsantrag gestellt. Die Stadtverwaltung hat trotz des Wissens um diesen Antrag und schon bevor der Ratsausschuss den Antrag überhaupt beschließen konnte, vollendete Tatsachen geschaffen. Sie hat sich vom MWK eine Bestätigung eingeholt, die zwar überhaupt nicht auf die Fragestellung eingeht, aber dennoch die Absicht der Stadtverwaltung bestätigt. Eine Akten-einsicht der BIBS hat ergeben, dass die Untere Denkmalschutzbehörde Braunschweig dem MWK in dieser Angelegenheit Formulierungs-

vorschläge markiert und mehrere Telefonate mit dem MWK geführt hat. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! Da die Behörde ihren Mitarbeiter deckt, gibt es keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen.

Leere Baumscheiben

Kurz vor der Fällung hat die BI Baumschutz nochmals appelliert, die 114 Linden an Orte zu pflanzen, an denen fehlende Bäume noch nicht ersetzt worden sind. Dafür haben wir 114 Fotos von 200 leeren Baumscheiben im Stadtgebiet präsentiert. 28 davon befinden sich in unmittelbarer Nähe der Jasperallee, auf der nun 28 Linden an die Stelle der getöteten Ahorne gepflanzt werden sollen. Klimaschutz sieht anders aus!

Milchmädchenrechnung

Neue Bäume ersetzen alte Bäume nicht. Die Linden sind nicht neu, sondern schon ca. 25 Jahre alt und ziehen praktisch nur um. Ziehen sie auf leere Baumscheiben oder neue Baumstandorte, so ist das sehr begrüßenswert. Werden dafür aber andere lebendige Bäume gefällt, so ist und bleibt die Baum- und Klimabilanz negativ. Positiv wird sie erst, wenn alle Bäume stehen bleiben dürfen und aus Samen oder Ablegern neue Bäume aufgezogen werden.

Restliche 60 Ahorne erhalten

52 der verbliebenen Ahorne sind laut Gutachten mittel bis sehr gut, also 87% (obige Trefferquote hochgerechnet sogar 56 bzw. 93%). Da es keinen störenden Bauschutt gibt und die Bäume dem Wortlaut nach unter Denkmalschutz stehen, spricht alles dafür, den Fällbeschluss von CDU, SPD, FDP und AfD aufzuheben, die Ahorne zu düngen, zu hegen und zu pflegen und als erstes in die Baumlücken Nr. 990 und 1130 (Ecke Ring) kleine junge Linden mit reichlich gutem Pflanzsubstrat zu pflanzen. Hier werden kaum Wurzeln von Nachbarbäumen beeinträchtigt. Wir werden uns weiter dafür einsetzen! Für den Sommer/Herbst planen wir ein Ahornfest. *ede*



Es geht um alle Bäume, nicht nur der Jasperallee!

Privat und städtisch wird unserem Klima erheblich geschadet.

Neben den Fällungen der 27 Bäume auf der Jasperallee wurden 2019 (alleine bis März) an folgenden Orten (meist) zahlreiche Bäume und Büsche vernichtet: Marienstift-Gelände, Weststadt in verschiedenen Straßen, Spargelstraße, Freyastraße, Autobahnkreuz Süd, Bienroder Weg, Querumer Wald, Rautheimer Wald, Rheingoldstraße, Beethovenstraße 51 A, Weststadt Hochspannungspark, Beethovenstr. und Mendelssohnstr. neben Neuer Oberschule, Bushaltestelle ehemalig Nordbad, Gartenstadt, Am Turmsberg 49, Cyriaksring, Am Lehmaner, Lessinggymnasium Wenden, Salzdahlumer Str. vor Einfahrt zum Klinikum, Naturdenkmal Alte Landwehr, Hauptbahnhof Hintereingang, Kaiserstr. 30 sowie in vielen Privatgärten. Vor 2019 ist ebenfalls eine große Anzahl von Bäumen und Büschen gefällt worden. Beispiele sind: Schunterriedlung zahlreiche Büsche und Bäume,

Rodung an der Hafenstraße mangels Baumschutzsatzung leider völlig legal und ersatzlos möglich.



Zimmerstraße, im einzigen Wasserschutzgebiet, was uns geblieben ist, Wiese nördlich Andreaskirche, Berlinerstraße 60, Holzmoor, Hinterhof, Kröppelstraße 3 und 4, Leipzigerstraße 32, Nadelbaum Jasperallee rechts Stadt-auswärts kurz hinter Bismarckstr., Feld am Walkholzweg hinter Zaun, Seniorenzentrum Wilhelmimum Rüdigerstr., an 2 Stellen Coselweg, Beutenstr. 20, Hans-Sommer-Str. zw. Ring und Querung Langer Kamp, Grothestr. 1., Rilkestr. 9, Eichendorferstr. 18/19 und 16/17, südlicher Rand Bienroderweg 68, Rilkestr.11, Neckarstr. 10, Adolfsstraße, ehemaliges BZ-Gelände, Reiterställe (jetzt Gelände v. Borek-Stiftung) gegenüber Stadthalle ein kleiner Park, Rückseite Bahnhof zwischen Gleisen und Ackerstraße, Walkürenring 44, Hinterhof Ludwigstraße, hinter dem Verwaltungsgericht, Langer Kamp, Saarstr. Ecke Saarbrückener Str. (stadteinwärts rechte Seite), im Park des Klinikums Salzdahlumerstraße, Hagenmarkt, was über den Sturmsschaden hinausging, Bürgerpark VW Halle, ...

Extrem: Für die Vernichtung der 44.000 Bäume im Querumer Wald bei Waggum (für die Landebahn, die für die Forschung nicht gebraucht wurde), sollten Ausgleichspflanzungen einen Ersatz bieten. Daraus ist an den meisten Stellen nichts geworden. Dieses uns 2011 genommene Waldstück hat die Größe des Hambacher Waldes! Diese Aufzählung ist absolut unvollständig und gibt nur einen kleinen Teil der Baum- und Busch-Vernichtung wieder. Ersatzpflanzungen gibt es oft nicht oder nur ungenügend, selten angemessen.

GEHÖLZSCHUTZ JETZT!

Wie lebenswert wären unsere Städte, wenn sie so intelligent wären wie ein Wald...

Die Qualität einer Stadt wird auch durch ihren Grünanteil definiert.

Durch ihre stadtbildprägenden Strukturen bilden Bäume für alle Bürgerinnen und Bürger sichtbare Strukturen, die zum Wohlbefinden beitragen. Außer der ästhetischen Qualität verbessern sie das Stadtklima durch Sauerstoffproduktion und Verdunstungskühle.

Zwischen 30.000 und 40.000 Kubikmeter Luft kann ein Großbaum täglich verarbeiten - d.h. Kohlendioxid wird aufgenommen, die Schadstoffe gefiltert und als Sauerstoff wieder abgegeben. Im Herbst werden die Filter - die Blätter - ausgewechselt, vorher aber alle noch verwertbaren Inhaltsstoffe in die Holzzellen eingelagert.

Das perfekte Recycling!

Außer dieser ökologischen Höchstleistung bieten Bäume den Vögeln in der bebauten Stadt wichtige Rückzugsräume, Nahrungsquellen und Brut- und Schlafplätze und sind Lebensraumangebot für andere wildlebende Tiere.

Jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger trägt die Verantwortung für Grünstrukturen auch auf privaten Flächen, um den Gehölzbestand der Stadt nachhaltig zu sichern. Diese Sicherung kann nur durch Gehölzschutzbestimmungen gewährleistet werden.

Diese Schutzbestimmungen enthalten vor allem folgende Punkte: Ein Baum darf nur dann gefällt werden, wenn er für Menschen oder die Umgebung gefährlich wird oder krank ist. Dafür muss eine schriftliche Genehmigung bei der Stadt beantragt werden.

In jedem Falle gilt: wer einen Baum fällt oder so beschädigt, dass er abstirbt, muss einen neuen pflanzen - oder eine Ausgleichszahlung leisten, von der die Stadt neue Bäume anschaffen kann (- die genauen Bestimmungen sind seitens der Stadt verbindlich festzulegen).

Wir möchten alle Bürgerinnen und Bürger um Akzeptanz dieses Vorhabens und um aktive Mithilfe bei der Umsetzung bitten, um die Lebensqualität in Braunschweig zu erhalten, die Sturmsschäden vergangener Jahre auszugleichen und dadurch das Stadtklima zu stabilisieren.

Unsere Bäume brauchen unseren Schutz und Wertschätzung!



Grauen im Morgengrauen am 25.02.2019: Fällung der 23 Ahorne in der Jasperallee.

<https://bi-baumschutz-braunschweig.jimdo.com>



Demonstration Unfallbar am 12.01.2019 mit ca. 450 Engagierten trotz Regen und Kälte.



Unsere Igel mögen keine geschnittenen Büsche! Stadtklima und Stadtökologie auch nicht ...

Überall in der Stadt werden Sträucher tief herunter geschnitten bzw. „auf den Stock“ gesetzt. Immer wieder hört man, dass dies notwendig sei und den Gehölzen nicht schade.

Und tatsächlich: der heruntergeschnittene Busch treibt schnell wieder aus. Er steht unter Stress, braucht dringend Blätter, um Nahrung zu produzieren, sonst stirbt er.

Aber im nächsten Frühjahr wird er nicht blühen können, denn die angelegten Knospen sind verloren. Kein Wunder, dass in Folge die Bienen auch fehlen. Wir finden viele Lücken im Buschwerk, dort, wo Büsche die „Pflege“ nicht überlebt haben.

Gestörtes Gleichgewicht

Ein feines Gleichgewicht besteht zwischen den Nahrung produzierenden Blättern und den wasseraufnehmenden Wurzeln. Die Größe des Wurzelwerks ist auf die Größe der gesamten Pflanze abgestimmt. Wird auf einmal ein Großteil der oberirdischen Versorgungsbasis entfernt, reicht die Nahrung nicht mehr für alle Wurzeln, ein Teil muss absterben.

Der Boden trocknet aus

Der Boden um die „bis auf den Stock“ zurückgeschnittenen Pflanzen trocknet knochenhart aus, da er nicht mehr beschattet wird. Regengüsse und Feuchtigkeit verdunsten oder laufen schneller ab, als der trockene Boden sie aufnehmen kann.

Abgeworfene Blätter, die dem Boden neuen Humus geben können und normalerweise vom Geist der Büsche geschützt auf dem Boden gehalten werden, fliegen jetzt mit dem Wind davon. Kleinstlebewesen, Pilze, Bakterien und Insekten sterben. Regenwürmer vertrocknen in der harten Erde. Maulwürfe können aus dem verlorengegangenen Lebensraum flüchten, aber wohin noch? Amphibien wie Frösche, Kröten, Molche, suchen hier ebenfalls vergeblich Schutz und Lebensraum.

Den Vögeln fehlen Nahrungsgrundlagen und Schutz

Singvögel brüteten in den hohen Büschen, die sich reichhaltig verästelten, so dass große Vögel oder Katzen schwer an die Nester gelangen. Jetzt ist das Dickicht verschwunden. Igel finden kein Versteck,

kein Winterquartier mehr und kaum Nahrung. Die Anzahl der viel zu kurz geschnittenen Büsche ist sehr groß und hätte viel Leben erhalten können.

Wir Menschen stehen vor dem bis auf den Boden geschnittenen Buschwerk und sehen die Verwüstung. Wir vermissen die hohen Büsche vor hässlichen Zäunen, als Spielversteck für Kinder, als Schutz vor Straßßenlärm, Wind und Sturm.

Sträucher schützen!

Der Duft der Blüten im Frühjahr, das Vogelgezwitscher, die frischen Blätter der Sträucher - alles stimuliert uns Menschen und macht uns gesund. Hinzu kommt noch die Filterwirkung für viele Schadstoffe und die Sauerstoffproduktion, die sie leisten. Wir denken, es lohnt sich, es wird höchste Zeit, Büsche wachsen zu lassen und sie zu schützen. Setzen Sie sich mit uns dafür ein!

Bürgerinitiative Baumschutz BS



Sträucher schützen auch die Bäume u. A. vor schädlichem Hunde-Urin

Jasperallee und Demokratie

Kommentar von Edmund Schulz

Anders als große Teile der Menschheit leben wir erfreulicherweise in einer Demokratie. Kritik daran ist Jammern auf hohem Niveau.

Der Ratsbeschluss zur Fällung der Jasperallee-Ahorne ist zwar legal, aber trotzdem gegen große Teile der Bevölkerung gefällt worden. Das macht keinen demokratisch legitimen Eindruck. Der Entscheidungsprozess ist seitens der Stadt bis heute geprägt von mangelhafter Bürger/innenbeteiligung, unfairen Praktiken und der mangelnden Bereitschaft, sich mit den sachlich fundierten Argumenten und auch mit den Emotionen der KritikerInnen auseinanderzusetzen. Die Berichterstattung ist unausgewogen.

PolitikerInnen der Parteien mit drei Buchstaben verstecken sich lieber hinter ihrem Mandat, statt sich von ALLEN Seiten informieren zu lassen, alle Sichtweisen abzuwägen, mit BaumschützerInnen zu diskutieren und mögliche Kompromisse wenigstens in Betracht zu ziehen. Die Reaktion der Stadtverwaltung war und ist nur, ihren umstrittenen Plan mit großer Energie und einer beispiellosen Marketingkampagne zu bewerben. Mit unseren Steuergeldern. Was darunter leidet, sind nicht nur Bäume und Klima, sondern vor allem unsere Demokratie!

PolitikerInnen und ihre Verwaltungen sollten eigentlich den Willen der BürgerInnen vertreten und umsetzen. Das wäre demokratisch. Leider wird Politik stattdessen viel zu oft nicht-öffentlich von einflussreichen Leuten und LobbyistInnen verhandelt und gestaltet. In den Parlamenten findet dann nur noch ein Schlagabtausch über längst gefällte Entscheidungen statt - faire und unvoreingenommene Debatten zur Meinungsbildung vor dem Fällen von Beschlüssen leider nicht.

Viele Menschen, die sich nur aus den Medien informiert haben, gehen irrtümlich davon aus, dass die Jasperallee-Ahorne krank seien. Dies halten wir für ein Ergebnis unausgewogener Berichterstattung. Es ist hauptsächlich

auf die ständige Wiederholung in der Braunschweiger Zeitung (BZ) zurückzuführen, die in fast jedem Artikel von „kranken Bäumen“ geschrieben hat. Ähnliches gilt für den vermeintlichen „Bauschutt“. Oft übernehmen andere Medien so etwas ungeprüft. Sogar SPD-Fraktionsvorsitzender Bratmann und Oberbürgermeister Markurth benutzen diese Worte in der Öffentlichkeit, obwohl sie es eigentlich besser wissen müssten: der externe Gutachter Dr. Scherer hat nur von „unterschiedlich vitalen Bäumen“ gesprochen, der Fachbereich Stadtgrün und Sport hat die Frage, ob die Bäume krank seien, explizit verneint und im Gutachten ist das für jeden einzelnen der (ehemals) 87 Bäume belegt. Die BZ ist in dieser Angelegenheit ihrer großen Verantwortung nicht gerecht geworden. Sie hat damit die öffentliche Meinung und die Ratsleute in hohem Maße einseitig beeinflusst.

Die BI Baumschutz setzt sie sich nicht für private Eigeninteressen, sondern für das Allgemeinwohl ein. Ihre ehrenamtlich durchgeführte Meinungsumfrage hat eine deutliche Mehrheit von 99,5 % der Befragten für Baumerhalt und Lückenbepflanzung ergeben. Dafür haben sich immerhin fast 16.000 BürgerInnen ausgesprochen.

Dieser immense Zuspruch ist bis heute ungebrochen (anders als die Auswahl der Leserbriefe in der BZ vermuten lässt). Natürlich wäre es besser, eine repräsentative Umfrage durchzuführen. Dafür sollten aber im Vorfeld beiden Seiten die gleichen Chancen eingeräumt werden, ihre Argumente zu verbreiten und öffentlich zu diskutieren, insbesondere auch mit den PolitikerInnen. Eine auf solcher Grundlage gefällte Entscheidung hätte sicherlich eine wesentlich höhere Akzeptanz in der Bevölkerung. Das täte unserer Demokratie gut!

Bäume retten:

weact.compact.de/p/jasperallee



Fleischverarbeitung mitten in der Wohnanlage

In der Kreuzstraße, Ecke Melanchthonstraße gibt es erhebliche Nutzungskonflikte, seit sich dort ein Großhandels-Gewerbe vor allem mit Schlachtfleisch-Verarbeitung ausgebreitet hat.

Seit Monaten klagen Anwohner*innen über mangelnde Hygiene bei der Anlieferung der frisch geschlachteten



Tierkörper liegen unverpackt im Transporter

Tierkörper, über lästige Gerüche sowie Transport- und Verkehrslärm als Folge des Großhandels im begengten Straßen-Umfeld.

Es herrscht Stress

Anwohner*innen äußern sich insoweit, dass die Schall- und Geruchsemissionen, wildes und rücksichtsloses Parken usw. nicht auszuhalten seien und sie sich durch die Geschäftsbetreiber bzw. ihren Mitarbeitern auch verbal bedroht fühlen. Da wohl die Ladenfläche nicht ausreiche, würde der Fußweg mitbenutzt, auch draußen schon mal von der Palette aus verkauft und auf dem Gehweg geparkt.

Einzelhandels-Nahversorger oder Großhandel ?

Die Anwohnerschaft beklagt vor allem, dass größere Mengen ganzer Tiere und Tierhälften dort angeliefert würden; es sei dabei davon ausgehen, dass es nicht allein um im dortigen Wohngebiet zulässigen Einzelhandel zur Nahversorgung der Anwohnerschaft gehe, sondern um gewerblichen Großhandel, wie er in einem Wohngebiet nicht zulässig sei. Weiterhin dokumentieren sie zahlreiche Verstöße gegen Hygiene-Bestimmungen, die Fotos legten sie den Ämtern vor.

Was sagt die Verwaltung dazu?

Die städtischen Behörden räumen auf Anfragen unserer Zeitung wiederholte Hygiene-Verstöße ein: Allgemein schreiben die Rechtsgrundlagen vor, dass Lebensmittel nicht einer nachteiligen Beeinflussung ausgesetzt werden dürfen (§ 3 der Lebens-

mittelhygiene-Verordnung LMHV). Der Transport von unverpacktem Frischfleisch in einem Einkaufswagen oder fehlende Schutzkleidung entsprechen diesen Anforderungen nicht. Bei nachgewiesenen Verstößen können im Wiederholungsfall Bußgelder verhängt werden ..., beruft sich zu näheren Anfragen aber auf den Datenschutz. (Stellungnahme der Stadtverwaltung vom 13.2.2018)

Zwar werde der Betrieb auch durchaus überprüft, doch wären die Überprüfungen zu Zeiten erfolgt, als die störenden Aktivitäten nicht stattfanden oder zwischenzeitlich unterbrochen waren.

Fehlverhalten durch Lieferanten und Kunden des Marktes

Die Behörde erklärt weiter: „Dass es individuelles Fehlverhalten durch Lieferanten und Kunden beim ruhenden Verkehr gibt, ist bei der Stadt unstrittig.“ Baurechtlich lasse sich



Fehlende Schutzkleidung und fehlende Kühlung.

das nicht lösen. Im Rahmen der allgemeinen Verkehrsüberwachung werde daher auch dieser Bereich von den Politessen regelmäßig kontrolliert, so die Antwort der Stadtverwaltung.

Lösung des Konflikts oder weitere Eskalation?

Anwohner*innen haben eine Unterschriftenaktion gestartet und gehen nun verstärkt in die Öffentlichkeit. Je früher man von Seiten der Verwaltung verträgliche Lösungen anbieten könne, desto eher könne verhindert werden, dass die Konfliktsituation weiter eskaliere, wie z. B. mit Beschimpfungen und Nötigungen. Sowas müsse abgestellt werden. Viel zu lange habe die Stadt auf Hinweise und Beschwerden nur halbherzig reagiert.

Leserbrief: Schluss mit Massentierhaltung!

Heute ist das Wissen über die Zustände in der Massentierhaltung, anders als noch vor 10 oder 20 Jahren, sehr gegenwärtig, transparent und leicht zugänglich. Reportagen im Fernsehen oder in Zeitungen zeigen Bilder, wie mit Tieren umgegangen wird, in viel zu engen Verhältnissen, bis zum Tode dahinsiechend. Bilder sagen noch mehr als Worte aus, und wer es sich antut, sich mehrere Minuten Videos von Tierschützern aus Massentierhaltungsställen auszusetzen, dem kann nur bewusst werden, dass hier ein moralisches Desaster stattfindet.

Somit richtet sich dieser Artikel an alle Menschen, die noch die leise Stimme ihres Gewissens hören. Bitte merkt auf, dass das Unrecht, das an den Tieren verübt wird, ein Ende finden muss. Jeder Einzelne kann eine kleine Veränderung herbeiführen, indem er seinen Konsum tierischer Produkte einschränkt. Niemand braucht jeden Tag Fleisch auf dem Teller.

Auch die Gesundheit wird es einem danken, wenn auf pflanzliche Kost umgeschwenkt wird. Es gibt zahlreiche Beispiele für gesunde Menschen, die sich vegetarisch oder vegan ernähren. Diese Lebensweise bringt keine Mangelerkrankung mit sich, sondern eine verbesserte Gesundheit, höhere Vitalität und verhindert klassische Zivilisationskrankheiten. Viele Wissenschaftler haben darüber intensiv geforscht und haben dies bestätigt, bspw. T. Colin Campbell (Ph.D.), Prof.Dr. Claus Leitzmann oder Dr. Michael Greger.

... weiter von Seite 1
VW-Flughafen

Werksflugplatz zugeordnet werden; ansonsten würde das Defizit weiterhin steigen.

„Gesellschafterverantwortung bei faktischer Unternehmensbeherrschung“ ... darauf wiesen die Gutachter in der Präsentation ihres Strukturgutachtens im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft am 22.11.2017 hin.

Geheime Absprachen mit VW

Was mit VW gesprochen wurde, sei vertraulich zu behandeln, so die Ermahnungen an die Sitzungsrunde im Protokoll des Aufsichtsrates vom 8. März 2018. Hektische Betriebsamkeit bei den Verantwortlichen waren die Folge. Das Gutachten kam unter Verschluss - nur eine entschärfte Variante wurde mit einjähriger Verspätung den Ratsleuten im Oktober 2018 vorgestellt.

Brisant: Die Rolle von VW

Das offenbart ein Sitzungs-Protokoll vom 22.11.2017, deren Diskussionen eingangs der Aufsichtsrats-Sitzung vom AR-Vorsitzenden Disterheft (SPD) ausdrücklich mit streng vertraulich belegt worden ist. • Es war dann von einem „Dialog“ mit

Was bedeutet „faktische Gesellschafterstellung“?

Das Wirtschaftsrecht kennt den Begriff der „faktischen Unternehmensbeherrschung“. VW wird mit ganz zentraler Rolle für den Fortbestand des Flughafens mehrfach benannt, so in den gutachterlichen Vorlagen von amd/sigma über 30-mal.

Hiernach könnte also der Fakt des beherrschenden Einflusses in einer Zuordnung zum VW-Konzern im Raum stehen, dessen Anhaltspunkte u. a. in freiwilligen Betriebskostenzuschüssen zum Ausdruck kommen und auch in der überwiegenden Nutzung des Flughafens für den VW-Konzern.

Wie beherrscht VW die Flughafengesellschaft? Erläuterung: Gem. § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB liegt dann ein beherrschender Einfluss vor, wenn einem (Mutter-)Unternehmen die Mehrheit der Chancen und ggf. der Risiken aus der Tätigkeit einer sog. Zweckgesellschaft zusteht. Bei solchen „konzerntypischen Einbindungen“ ist sogar von einer Mutter-Tochter-Beziehung auszugehen unwiderlegbar auch dann, wenn der beherrschende Einfluss (rechts-)tatsächlich nicht ausgeübt wird. Dabei reicht die bloße Möglichkeit aus, eine beherrschende Einflussnahme geltend zu machen. Der Definition in § 290 Abs. 1 HGB kommt die Funktion einer Generalnorm zu.

Krisensitzung im Aufsichtsrat

Zu der Krisensitzung war auch ein Beauftragter des Wirtschafts-Ministeriums aus Hannover (Herr Oehlmann) angereist.

„Die vom Erster Stadtrat Geiger thematisierte eventuelle Förderschädlichkeit einer Änderung des Status Verkehrsflughafen bezüglich der erhaltenen (Förder-)Mittel im Rahmen des Ausbaues der Start- und Landebahn bewertet Herr Oehlmann als sehr sensibel. Herr Prof. Hartke habe seinerzeit alle Möglichkeiten einer För-

derung ausgeschöpft. Eine Änderung könnten die gezahlten Fördermittel für den Ausbau der Start- und Landebahn gefährden.“ (Prot. 22.11.2017)

Im Schafspelz der Forschung

„Laut Oehlmann sollte ein Betriebszuschuss mit der öffentlichen Daseinsvorsorge und speziell im vorliegenden Fall mit der Forschung am Flughafen begründet werden.“ (Prot. 22.11.2017)

Presseanfragen

Die Redaktion richtete Presseanfragen an die Verantwortlichen der Städte, der Flughafengesellschaft, des Wirtschaftsministeriums und an VW:

• Wie abhängig/unabhängig seien Sie die Einbindung des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg in den VW-Konzern?

• Was ist das Ergebnis des seit August 2017 stattgefundenen Dialogs?

• Inwieweit ist der Flughafen Braunschweig/Wolfsburg also von Volkswagen beraten und beeinflusst?

Wirtschaftsministerium und Stadt maerten zunächst - das sei alles grundsätzlich vertraulich. VW zog sich auf formale Positionen zurück, man sei weder Anteils-Eigner, noch Auftraggeber für das Gutachten.

Marschrichtung bereits im August 2017 mit VW vorgegeben

Die Stadt räumte dann auf nochmaliges Nachhaken der Redaktion am 27.3.2019 ein, dass es zum Strukturgutachten am 18. August 2017 eine gemeinsame Beratungsrunde mit dem Volkswagen-Konzern gab, an dem die Berater von amd.sigma und BPG und die städtischen Vertreter aus Braunschweig und Wolfsburg teilgenommen hätten.

Dies habe man für die laufende Erstellung des Gutachtens für sinnvoll und erforderlich erachtet.

Den Antrag zur Ratssitzung am 2.4.2019 beide Varianten des amd.sigma-Gutachtens zumindest dem Rat zugänglich zu machen, um die Rolle von VW in der Steuerung des Flughafens beurteilen zu können, wiesen SPD, CDU und AfD im Verwaltungsausschuss ab.

Fazit: Die Parteien im Rat möchten das am liebsten gar nicht so genau wissen - man hofft nur, dass die Städte Braunschweig und Wolfsburg aus öffentlichen Mitteln weiterhin dem Flughafen Zuschüsse geben dürfen. **Bleibt nur noch die Frage an alle:** Was ist mit dem Ratsbeschluss von 2016 - die Zuschüsse bis 2024 auf „0“ zurückzuschrauben ? red



Eines der Ziele eines einheitlichen europäischen Luftraums ist die Steigerung der Luftverkehrsapazität bei gleichbleibend hoher Sicherheit.

Insbesondere die Sicherheit des Luftverkehrs steht dabei in der Bevölkerung an oberster Stelle. Riskante Luftfahrzeugbewegungen unter Verstoß gegen die Verkehrsregeln mit fahrlässiger Gefährdung von Passagieren und unbeteiligter Bevölkerung (so genannte Schettino-Manöver*) treffen daher auf besondere Besorgnis und Unverständnis.

Der Flug LLX5132 des Reiseunternehmens „Der Schmidt“ am 17.05.2017 von Olbia/Sardinien nach Braunschweig beinhaltete vor der Landung in Braunschweig ein ungewöhnliches Vollkreismanöver im Tiefflug über der Stadt Braunschweig. Bei dem Luftfahrzeug handelte es sich um einen Airbus A320 der Small Planet Airlines GmbH, die in der Zwischenzeit ihren Flugbetrieb eingestellt hat.

Die Braunschweiger Zeitung berichtete am 18.05.2017 unter dem Titel „Airbus muss vor Landung in Wag-gum ein Vollkreismanöver fliegen“ über den Vorgang und meinte: „Für eine Landung noch zu hoch steuerte ein Airbus A320 am Mittwoch gegen 14.15 Uhr im Endanflug den Flughafen Wag-gum an. Der Pilot bat daher den Tower um die Erlaubnis für ein so genanntes Vollkreismanöver, um

auf die für die Landung erforderliche Höhe sinken zu können.“ Das an diesem Tage von dem Luftfahrzeug selbst gesendete und vom Deutschen Fluglärmdienst (DFLD) aufgezeichnete Höhenprofil des Fluges LLX5132 zeigte allerdings, dass das betreffende Luftfahrzeug keineswegs zu hoch angefliegen war und exakt die erwartete Sollhöhe zu Beginn des Landeanflugs eingenommen hatte. Ein riskanter Tiefflug der voll besetzten Passagiermaschine über Braunschweig wäre demnach überhaupt nicht erforderlich gewesen.

Auf eine diesbezügliche Anfrage erklärte das zuständige Bundesaufsichtsamtsamt für Flugsicherung (BAF): „Ein ahndungsfähiges Fehlverhalten des verantwortlichen Luftfahrzeugführers liegt nicht vor. Auch ist kein Fehlverhalten des zuständigen Lotsen bzw. der zuständigen Luftverkehrs-kontrollstelle ersichtlich.“

Auf die Nachfrage: „Aufgrund welcher Aufzeichnungen ist das BAF zu dieser Bewertung gekommen?“ gab das BAF jedoch keine Antwort. Auf die Nachfrage: „Wie beurteilt das BAF die Diskrepanz seiner Bewertung im Lichte der Aufzeichnung des

DFLD?“ gab das Amt ebenfalls keine Antwort. Handelte es sich also bei dem betreffenden Flugmanöver möglicherweise wieder einmal um ein riskantes Flugmanöver zur Belustigung von Passagieren und Besatzung (Schettino lässt grüßen), das unter den Teppich gekehrt werden soll?

Katastrophaler Zustand bei den Ersatzpflanzungen

Für die Erweiterung der Startbahn des Flughafens BS-WOB sollten ab 2013 umfangreiche Ersatzpflanzungen durchgeführt werden - von bis zu 600 Tausend Bäumchen war die Rede.

Anfang 2010 wurde damit begonnen, ca. 44 Tausend Bäume zu fällen, darunter zum Teil über 100 Jahre alte Eichen. Flughafengesellschaft und Stadt wurden damals nicht müde, der Öffentlichkeit immer wieder zu erklären, dass die alten, eigentlich schützenswerten Eichen (es handelte sich um ein von der EU ausgewiesenes FFH-Gebiet) durch Wiederaufforstungen von 160 Hektar Wald (entsprechend dem Vierfachen der Eingriffsfläche bzw. 220 Fußballfeldern) kompensiert werden würden. Und jetzt, fast neun Jahre nach den Rodungen und sechs Jahre



Fläche mit den Ersatzpflanzungen nach sechs Jahren. Falls es Pflanzungen gab, sind die Pflanzen großflächig abgestorben. Von Ersatzmaßnahme für lebendige große Bäume, die für die Verlängerung der Landebahn gefällt wurden, kann keine Rede sein.

Wachsende Probleme bei bröselnden Parteien?
Daher: mehr bürgerschaftliches Engagement!

Für eine starke Zivilgesellschaft -
Für mehr Basis-Demokratie !

Demo für die Schließung aller Schlachthäuser

Am Sonnabend, 22. Juni 2019, um 14 Uhr in Braunschweig, Ringerbrunnen. 16 Uhr: Silent Line, Ringerbrunnen

Die Zeit ist reif, weltweit gehen Menschen auf die Straße und fordern die Schließung aller Schlachthäuser. Von Toronto bis Sydney, von Istanbul bis Tokio stehen Menschen gemeinsam auf, um Veränderung zu fordern. Demonstriert mit uns gegen die Ausbeutung von wehrlosen Tieren! Bildet mit uns die größte weltumspannende Demonstration! 65 Milliarden Tiere werden jedes Jahr weltweit für die Produktion von Fleisch, Milch und Eiern ausgebeutet und getötet. Alle Aspekte ihres Lebens sind den ökonomischen Interessen der Industrie untergeordnet, was mit massivem Leid für die Tiere verbunden ist. So verbringen Zuchtsauen fast die Hälfte ihres Lebens in Kästen, Masthühner werden i. d. R. in Betrieben mit 50 000 und mehr Tieren gehalten, um nur ein weiteres Beispiel zu nennen. Doch es gibt noch weitere gute Argumente, die für eine rein pflanzliche Ernährung sprechen:

Gesundheit

Eine Ernährung mit tierischen Produkten ist unter gesundheitlichen Aspekten für den Menschen gar nicht notwendig. Dies geht u. a. aus einem Positionspapier der Academy of Nutrition and Dietetics (AND), der nach eigenen Angaben mit 67 000 Mitgliedern weltgrößten Organisation von Ernährungsfachleuten, hervor. Laut AND ist eine vegane Ernährung in jeder Lebensphase möglich.

Welthunger Doch auch der Welthunger ist ein guter Grund, auf tierische Nahrungsmittel zu verzichten: Für die Produktion von 1 Kilogramm Fleisch werden durchschnittlich 7 Kilogramm Futter benötigt. Studien belegen, dass bei einer rein pflanzlichen Ernährung 12 Milliarden Menschen satt werden könnten.

Klimawandel Laut FAO, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, sind 14,5 % der durch den Menschen verursachten Treibhausgasemissionen auf die Nutztierhaltung zurückzuführen. Das ist sogar noch mehr, als auf den gesamten weltweiten Verkehrssektor entfällt. Daher: Demonstrieren Sie mit uns für Veränderung!

Info und Kontakt: <http://www.schlachthaeuser-schliessen.de> Bündnis für Tierbefreiung: Bufut@nirgendwo.info

16 Mannschaften, so bunt wie das Leben – ART Impressionen – Internationales integratives Fußballturnier 2018

Perspektiven / Aktionen 2019

- Sommerfest mit Live Musik „Wild at heart“ am 14.6. ab 18 Uhr
- Filmabende
- EIN BLICK in fremde Kulturen
- Ausstellung Pro Asyl

Die Initiative ART „Aktiv für Respekt und Toleranz“ engagiert sich für ein tolerantes, buntes Miteinander aller Kulturen und bezieht klar Stellung gegen jede Art von Rassismus. ART ist eine offene Gruppe für alle Interessierten, die sich engagieren wollen.

Impressum: ART Öffentlichkeit; Jörg Fischer, Gabi Mersch, Wolfgang Bartsch

Kontakt: art-braunschweig@gmx.de

Quo vadis Rechtsstaat? (3)

#noNPOG – Der Protest geht weiter!



Braunschweiger*innen bei der 2. #noNPOG-Großdemo in Hannover am 8.12.2018 Foto: Victor Perli, MdB

Gesetzesverabschiedung verschoben

Innenminister Boris Pistorius (SPD) setzte alles daran, das geplante neue niedersächsische Polizeigesetz (NPOG) noch Ende 2018 zu verabschieden. Doch aufgrund zahlreicher Proteste (UB Nr. 21 berichtete) sowie der fundamentalen Kritik der Fachjurist*innen des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes des Landtages (GBD), die erhebliche Teile des Gesetzentwurfs für verfassungsrechtlich bedenklich oder gar verfassungswidrig halten, wurde die Abstimmung im Landtag immer wieder verschoben. Sie ist nun für Mai 2019 geplant.

Halbherzige Nachbesserungen

Trotz der verfassungsrechtlichen Bedenken konnten sich SPD und CDU lediglich auf eine Verkürzung des umstrittenen Präventivgewahrsams (= Knast ohne begangene Straftat) von 74 auf 35 Tage einigen. Gleichzeitig soll die Videoüberwachung noch weiter verschärft werden.

Gericht stoppt Streckenradar

Vorab führte das Innenministerium schon zu Jahresbeginn den Probebetrieb der „Section Control“ ein, bei der sämtliche Fahrzeuge auf der B6 in Laatzen bei Hannover zur durchschnittlichen Geschwindigkeitsmessung über mehrere Kilometer erfasst und Tempo-Verstöße bereits geahndet wurden. Das Verwaltungsgericht Hannover wertete die Art der Kontrolle jedoch als Eingriff in die Grundrechte ohne ausreichende Rechtsgrundlage. Zudem erfolge die Erfassung nicht nach einem Verstoß, sondern betreffe alle Fahrzeuge. Maßgeblich war ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 2018 zur Kennzeichenerfassung. Die Anlage musste daraufhin unverzüglich abgeschaltet werden.

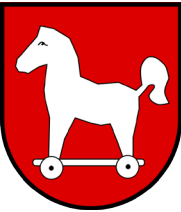
Straftatenaufkommen so niedrig wie nie

Bei der Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik für 2018 am 15.3.2019 verkündete Polizeipräsident Michael Pientka den Tiefststand an erfassten Straftaten im Bereich der

Polizeidirektion Braunschweig, der damit um 3,5 % niedriger läge als im Landesdurchschnitt. Wenn das Land aber so sicher ist wie selten zuvor, aus welchem Grund sollte dann das Polizeigesetz verschärft werden?

Einschüchterung der Bevölkerung

Innenminister Pistorius begründet die geplante Gesetzesverschärfung mit dem Schutz vor islamistischem Terrorismus. Derartige Anschläge oder Versuche gab es allerdings keine. Dieselbe Begründung muss auch in all den anderen Bundesländern zur Überwachung, Verfolgung und Einschüchterung der gesamten Bevölkerung erhalten, die ebenfalls ihre Polizeigesetze verschärfen.



Die Härte des gegen alle Proteste verabschiedeten neuen Polizeigesetzes in NRW bekamen erstmals 4 Umweltaktivist*innen nach einer Baggerbesetzung im rheinischen Braunkohlerevier im Februar 2019 zu spüren, die wegen verweigerter Identitätsfeststellung durch verklebte Fingerkuppen 5 Tage in Gewahrsam genommen wurden. Nach alter Rechtslage war dieser massive Eingriff in die Freiheit nur für maximal 12 Stunden erlaubt. Hierbei ging es nicht um Terrorismusabwehr, sondern vielmehr soll offensichtlich unliebsamer, friedlicher Protest im Keim erstickt werden.

3. Großdemo in Hannover
Das Bündnis #noNPOG ruft zur Großdemo auf: Samstag, 11 Mai 2019, ab 13 Uhr, Opernplatz, Hannover
<https://nonpog.de/>

Braunschweig als „Sicherer Hafen“

Am 18. Dezember 2018 verabschiedete der Rat einen interfraktionellen Antrag von BIBS, SPD; Linken, Grünen und P2-Fraktion, dass die Stadt Geflüchteten, die kein Land aufnehmen wolle, Zuflucht bieten werde.

Es handelt sich um ein Vorhaben der Aktion Seebrücke, die in verschiedenen deutschen Städten mit Demonstrationen gegen die unmenschliche Behandlung der Schwächsten protestierte. Das Friedenszentrum griff die Forderung auf und richtete sie an die Fraktionen im Rat. AfD und CDU verweigerten sich, die anderen fanden zu dem gebannten Beschluss zusammen. Doch wie soll dieser Beschluss umgesetzt werden?

Die Zuständigkeit für Flüchtlinge liegt beim Innenministerium. Die Stadt müsste am besten im Bund mit anderen „Sicherer Hafen“-Städten, von denen es mittlerweile ca. 40 gibt, an das Innenministerium herantreten. Zu diesem Zweck wurden und werden Gespräche mit den Fraktionen und dem Sozialdezernat geführt. Eine Bürgeranfrage soll den langwierigen Prozess voranbringen helfen. Aber es ist noch ein weiter Weg bis zum gewünschten Ergebnis. Zusammen mit der Aktion Seebrücke wird das Friedenszentrum dieses Ziel umzusetzen versuchen.

Dr. Ingeborg Gerlach

In eigener Sache: Unser-Braunschweig

„Zehn Jahre die Stimme der Unbequemen“ -

„Die Zeitung füllt eine Lücke in der Demokratie“

(Leser*innen-Stimmen)

Vor zehn Jahren, im April 2009, starteten wir mit der Herausgabe einer eigenen Zeitung „Unser-Braunschweig“. Da lohnt sich ein Rückblick des Vorgenommenen und des Erreichten. Es ging um eine adäquate Berichterstattung von Hintergründen und des Aufbegehrens von Bürgerinitiativen entlang hiesiger Rathaus-Politik. Die überschaubare Medienlandschaft begnügte sich mit Hofberichterstattung, weshalb unserer Titelzeile in den 21 erschienenen Ausgaben der Leitspruch angefügt war: „Hier lesen Sie, was andere Zeitungen **nicht** berichten“.

UNSER-BRAUNSCHWEIG



Erste Zeitungsausgabe April 2009.

Der Spruch konnte ab Ausgabe 15 leicht geändert werden in „... was andere Zeitungen **nicht** berichten“. Am 8.9.2013 kam die Ausgabe Nr. 10 heraus. Die Redaktion würdigte das:

„Seit einer Woche läuft die Verteilung der bislang größten Auflage von 130.000 Stück der BIBS-Zeitung Nr. 10 - ein kleines Jubiläum!“



Wöchentliche Info-Tische, Kohlmarkt

Von Anfang an war es erklärtes Ziel der BIBS, mit ihrer Zeitung über die Themen zu berichten, worüber von anderen Zeitungen und aus dem Rathaus nicht berichtet wird. Die Zeitung fand schnell Zuspruch und wird mittlerweile von 60-70 VerteilerInnen aus fast allen politischen Lagern der Stadt verteilt.

Es gab und gibt naturgemäß auch Gegner dieses Zeitungsprojektes. So kommentierte einst im April 2009 der CDU-Ratsherr Björn Hinrichs auf seiner Homepage: Die hohe Auflage von 80.000 sei der „letzte Aufschrei der BIBS kurz vor ihrer endgültigen Auflösung...“

Es blieb bei diesem Wunschgedanken des Immobilien-Lobbyisten aus dem Kanada-Hause. red

Manfred Kemper

Jahrzehntelang gab es keine Kundgebung Braunschweiger Friedensbewegung ohne seine Plakate mit scharfen, oft bissigen Pointen.

Diese Plakate aus mehreren Jahrzehnten sind noch immer im Flur des Gewerkschaftshauses zu betrachten, Manfred selbst ist knapp 76-jährig Ende Februar gestorben.

Seine Fotografien – er genoss auch einen hervorragenden Ruf als Fotograf – sollen dem Offenen Archiv in der Gedenkstätte Schillstraße übergeben werden. Manfred Kemper war ein durch und durch politischer Künstler.

In der Nachkriegszeit aufgewachsen, die noch stark vom Krieg überschattet war, hielt er sich strikt an die Parole: “Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ Konsequenter kämpfte er gegen den aufkommenden Militarismus, Neoliberalismus und Rechtsextremismus. Mit ihm verliert nicht nur die Braunschweiger Friedensbewegung und die Braunschweiger Linke einen ihrer glaubhaftesten Vertreter.

Impressum

Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
redaktion@buergerinitiativen-braunschweig.de
ViSDp: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8,
38120 Braunschweig
Redaktion: Dr. Ingeborg Gerlach
Druckerei: Druckzentrum Braunschweig GmbH
Christian-Pommer-Straße 45, 38112 BS

BIBS-Spendenkonto Nr. 151 322 195
Braunschw. Landesspark. 250 500 00
IBAN: DE18 2505 0000 0151 3221 95



Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern.
Spendenkonto: Bürgerinitiative
Stichwort „Spende“.
Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!

... weiter von Seite 1: **Weckruf für's Klima**



Jugend-Demo vor der Schloss-Fassade am 29.3.2019

wie lange vereinbart – den menschengemachten Klimawandel zumindest zu bremsen, wenn schon nicht zu stoppen. Der Redakteur vom WDR, Jürgen Döschner, kommentierte: „Danke, liebe „Schulschwänzer“ - Ihr seid großartig! Ihr habt mit „Fridays for future“ die größte internationale, friedliche Bürgerbewegung geschaffen, die es je gegeben hat. Noch nie sind so viele Menschen in so vielen Ländern der Welt an einem Tag für eine so wichtige Sache auf die Straße gegangen.“

„Alle Fakten auf eurer Seite“

„Ihr habt das wichtige Thema Klimaschutz durch eure wöchentlichen Aktionen auf die Straße, in die Schlagzeilen, in die Familien und in den Unterricht geholt. Ihr habt keine Partei, keine zentrale Organisation, kein Programm - und doch habt Ihr alles richtig gemacht. Denn Euer Programm wurde längst geschrieben, zuletzt durch das Pariser Klimaschutzabkommen. Auch die wissenschaftlichen Studien und Belege dafür liegen seit Jahren auf dem

Tisch - einschließlich der Vorschläge, wie effektiver Klimaschutz aussehen muss. Ihr habt alle Fakten auf eurer Seite. Ihr seid friedlich. Ihr seid hartnäckig.

Nun ist es an der Politik, endlich zu reagieren. Und zwar nicht mit gebetsmühlenartig wiederholten Verweisen auf die Schulpflicht oder tatenlosem Beifallklatschen. Was ist schon Schulschwänzen am Freitag gegen das tägliche Klimaschwänzen der Regierenden? Ihr habt es verdient, ernst genommen zu werden und dass man sich inhaltlich mit Euch und Euren Forderungen auseinandersetzt.

Lauter als jeder Wirbelsturm

Sie werden Euch mit ihren Aktionen solange Feuer unterm Hintern machen, bis Ihr spürt, was Erderhitzung bedeutet, bis Ihr mit ihnen redet, bis Ihr die Warnungen und Empfehlungen der Wissenschaftler ernst nehmt und wirksame Maßnahmen gegen die Klimakrise beschließt.“

red